



Geschäftsführung Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten

Herr Freitag

Telefon: (0221) 221-23657

Fax: (0221) 221-24141

E-Mail: uwe.freitag@stadt-koeln.de

Datum: 04.11.2009

Niederschrift

über die **5. Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur/Museumsneubauten** im Jahr 2009 am Montag, dem 07.09.2009, 16:00 Uhr bis 21:20 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitz

Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD	Stellvertretende Vorsitzende
----------------------------	-----	------------------------------

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Henk van Benthem	CDU	
Frau Carola Blum	CDU	
Frau Teresa Elisa De Bellis-Olinger	CDU	
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Frau Anke Brunn	SPD	
Frau Monika Möller	SPD	
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD	in Vertretung für Frau Heuer
Herr Peter Sörries	Grüne	
Frau Bürgermeisterin Angela Spizig	Grüne	

Sachkundige Bürger

Herr Dr. Ulrich Wackerhagen	FDP
-----------------------------	-----

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Wolfgang Breuer

Herr Dr. Martin Müser	FW-KBB
-----------------------	--------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Jeane von Oppenheim	auf Vorschlag der CDU
--------------------------	-----------------------

Frau Anna Dünnebieber	auf Vorschlag der SPD
-----------------------	-----------------------

Herr Franz Irsfeld	auf Vorschlag der SPD
--------------------	-----------------------

Frau Kathrin Luz auf Vorschlag der SPD
Frau Maria Spering auf Vorschlag der Grünen
Frau Friederike van Duiven auf Vorschlag der Grünen
Herr Ludwig von Rautenstrauch

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Maria Blank in Vertretung Für Herrn Klehn
Frau Ute Palm

Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerinnen und Bürger

Herr Reinhard Heinemann
Herr Dr. Helmut Fußbroich

Verwaltung

Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander Dezernat für Kunst und Kultur
Dr. Matthias Hamann Museumsdienst
Frau Renate Kaymer Stadtkonservatorin
Frau Bettina Schmidt-Czaia Leiterin des Historischen Archivs

Schriftführer

Herr Uwe Freitag Dezernat für Kunst und Kultur

Gäste

Herr Hirsch Architekt
Herr Lorch Architekt

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ulrike Heuer SPD

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Wolfgang Hornemann pro Köln
Frau Petra May Einzelmandatsträgerin

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Joseph Fink auf Vorschlag der CDU
Frau Karin Reinhardt auf Vorschlag der CDU

Herr Lorenz Deutsch

FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Gert Klehn

Frau Veronica Oommen

WIK

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerinnen und Bürger

Frau Prof. Dr. Barbara Schock-Werner

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister möchte einem langjährigen Brauch folgen und den ausgeschiedenen Vorsitzenden Prof. Dr. Lemper im Namen des Ausschusses Kunst und Kultur/Museumsneubauten für seine Arbeit danken. Er habe stets als kenntnisreicher Verfechter der Kultur mit großem Engagement für die Kölner Kultur agiert und argumentiert. Sie betont, dass er es stets verstanden habe, in vielen schwierigen Fragen über Parteigrenzen hinweg, Entscheidungen herbeizuführen, welche er zum Dienste und Wohle der Kölner Kultur und der hier arbeitenden und tätigen Künstler eingesetzt habe. Sie wünscht ihm für sein weiteres Wirken viel Energie.

Bürgermeisterin Spizig fügt hinzu, dass sie seine Leidenschaft, mit der er für die Kultur gekämpft habe, sehr schätze. Sie erinnert an sein Temperament und die Vehemenz, mit der er sich für die Kultur eingesetzt habe.

Herr Dr. Wackerhagen betont, dass er Prof. Dr. Lemper als einen wirklich unverwechselbaren Politiker, der mit großer Leidenschaft und nicht immer zum Vergnügen aller, nachhaltig die Interessen der Kulturpolitik vertreten habe, vermisse.

RM Blum unterstreicht ergänzend, dass Prof. Dr. Lemper vielen künstlerischen Akteuren Türen geöffnet habe und viele Interessen von Kölner Bürgern, die mit der Kultur eng verbunden seien, in den Ausschuss getragen habe und dort unermüdlich tätig gewesen sei.

Beigeordneter Prof. Quander macht auf die vorliegende Tagesordnung mit den entsprechend gekennzeichneten zu- oder abgesetzten Tagesordnungspunkten aufmerksam und weist auf folgende Tischvorlagen hin:

Unter TOP 12.12 liegt die Mitteilung „Finanzierung wichtiger Ausstellungsprojekte für das Jahr 2010“ vor.

Für den nichtöffentlichen Teil liegt unter TOP 21.2 eine Mitteilung aus dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen betreffend „Versicherungswerte der Museen“ zur Kenntnis vor.

Für den Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester liegt unter TOP 9.1 die Beschlussvorlage betreffend „Prüfung des CD-Verkaufs "GO-Live" bei 47 Gürzenich-Orchester“ vor. Die Vorlage wurde im Rechnungsprüfungsausschuss beraten und zur Kenntnis in den Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester verwiesen.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass zum TOP 2.1 „Archäologische Zone“ die Architekten Prof. Lorch und Prof. Hirsch anwesend seien, um anhand einer PowerPoint-Präsentation die veränderte Planungsversion vorzustellen. Er bittet darum, ihnen hierfür das Rederecht zu erteilen.

Zum Thema „Neubau des Historischen Archivs“ seien die Gutachter Herr Löck von der Firma Alectia und Herr Holzhäuser von der Firma Smolczik und Partner anwesend. Um eventuelle Fragen beantworten zu können, bittet er darum, ihnen hierfür ebenfalls das Rederecht zu erteilen.

Zum Ablauf der Sitzung schlägt er vor, den TOP 8.6 „Umsetzung des Förderkonzeptes interkulturelle Kunstprojekte“ gemeinsam mit der Mitteilung unter TOP 12.6 bezüglich des „Gremiums zur Umsetzung des Förderkonzeptes interkulturelle Kunstprojekte“ zu beraten.

Abschließend weist er darauf hin, dass das Schwerpunktthema „Sachstand Opernquartier“ formal im Betriebsausschuss Bühnen der Stadt Köln behandelt werde.

Der Ausschuss nimmt die Änderungen zur Tagesordnung zur Kenntnis, stimmt zu und beschließt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Archäologische Zone

2.1 Archäologische Zone und Jüdisches Museum Köln
3595/2009

3 Historisches Archiv

3.1 Neubau Historisches Archiv mit Kunst- und Museumsbibliothek und Rheinischem Bildarchiv
3739/2009

3.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Einsturz des Historischen Archivs"
3099/2009

3.2.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Einsturz des Historischen Archivs"
hier: aktualisierte Beantwortung
3340/2009

3.3 Stiftung zu Gunsten des Historischen Archivs
3735/2009

Mitteilung der Verwaltung betreffend "Stiftung zu Gunsten des Historischen Archivs"
3471/2009

4 Schwerpunktthemen

4.1 Sachstand Neubau Rautenstrauch-Joest-Museum

4.2 Städtebaulicher Masterplan Innenstadt Köln

4.3 Jahresbericht des Museumsdienstes

5 Denkmalpflege

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Betrieb der Kölner Brunnen"
AN/1161/2009

6.1.1 Betrieb der Kölner Brunnen
Beantwortung der Anfrage der Fraktion pro Köln - AN/1161/2009
3483/2009

6.2 Anfrage des sachkundigen Einwohners Herr Breuer betreffend "Kürzungen
des Kulturetats nach Forderung durch den Kämmerer; hier: Auflistung von
theoretischen Kürzungen durch das Dezernat VII im Produktbereich 4 (Kultur
und Wissenschaft)"
AN/1381/2009

7 Schriftliche Anträge

7.1 Antrag des sachkundigen Einwohners Wolfgang Breuer betreffend "Grundsät-
ze über die Annahme und Verwendung von Beträgen und geldwerten Sachen
aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen zur Fi-
nanzierung öffentlicher kultureller Aufgaben der Stadt Köln"
AN/1292/2009

7.2 Antrag des sachkundigen Einwohners Wolfgang Breuer betreffend "Kunstse-
hen - Blinden - Kunst- und Kulturstadtplan Köln"
AN/1342/2009

8 Allgemeine Vorlagen

8.1 Leihgabe der Skulpturen aus der Sammlung Rau an das Museum Schnütgen
3069/2009

8.2 Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
3075/2009

8.3 Bedarfsprüfung, Einleitung eines Vergabeverfahrens und Abschluss eines
Rahmenvertrages über die Lieferung von Filmen (DVDs), Musik-CDs, Hörbü-

chern, Software und Konsolenspielen für die Stadtbibliothek Köln für die Zeit vom 01.05.2010 bis 30.04.2011 zzgl. einjähriger Verlängerungsoption
2258/2009

8.4 Ergänzung Zustandserfassung Kölner Außenskulpturen in erweitertem Innenstadtbereich
3346/2009

8.5 Neufassung der Satzung zur Vergabe der Förderstipendien der Stadt Köln
3171/2009

8.6 Umsetzung des Förderkonzeptes interkulturelle Kunstprojekte
3462/2009

9 Sonderausstellungen

9.1 Sonderausstellung "Harun Farocki" vom 31. Oktober 2009 bis 07. März 2010 im Museum Ludwig
2641/2009

9.2 Sonderausstellung "HEIMAT-KUNDE" im Kölnischen Stadtmuseum
2933/2009

9.3 Sonderausstellung "Der Goldglastisch aus Caesarea" im Römisch-Germanischen Museum in der Zeit vom Oktober 2009 bis März 2010.
3012/2009

9.4 Sonderausstellung "Die Ringe des Dieter Roth" im Museum für Angewandte Kunst
2988/2009

9.5 Sonderausstellung "Falko Marx, Schmuck 1966-2009" im Museum für Angewandte Kunst
2991/2009

9.6 Sonderausstellung "Politische Bilder. Sowjetische Fotografien: Die Sammlung Daniela Mrazkova" vom 23. Oktober 2009 bis 31. Januar 2010 im Museum Ludwig
3025/2009

9.7 Sonderausstellung im Kölnischen Stadtmuseum "Eusebius Wirdeier"
3376/2009

10 Annahme von Schenkungen

10.1 Schenkung eines Erweiterungsbaus für das Kölnische Stadtmuseum
3373/2009

- 10.2 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Schenkung des zweiteiligen Werkes "Venedig" von Isa Genzken
3160/2009
- 10.3 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Kunst- und Museumsbibliothek
hier: Schenkung der Sammlung Künstlerinnen von Ingrid Kleinebrahm
3421/2009
- 11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gem. § 60 Abs. 2 GO
NW**
- 12 Mitteilungen der Verwaltung**
- 12.1 Wiedereinführung eines Haltepunktes des städtischen Bücherbusses im
Stadtteil Bilderstöckchen und Prüfung der Anschaffung eines weiteren Bü-
cherbusses
2260/2009
- 12.2 Erweiterung Kölnisches Stadtmuseum;
hier: Dokumentation der Mehrfachbeauftragung
2538/2009
- 12.3 Verwendung der ursprünglich zur Deckung der Miet- und Mietnebenkosten für
die Musikfabrik vorgesehenen Haushaltsmittel
2709/2009
- 12.4 Überlassung von Räumen/Immobilien aus dem Fiskalbesitz für kulturelle Nut-
zungen
3209/2009
- 12.5 Kulturelle Bildung an Ganztagschulen - Eröffnung der Wanderausstellung
"Klappe, die Zweite!"
3146/2009
- 12.6 Gremium zur Umsetzung des Förderkonzeptes interkulturelle Kunstprojekte
3394/2009
- 12.7 Kreativität und Stadtentwicklung
3543/2009
- 12.8 Kulturen und Künste bei den Gay Games Cologne 2010; hier: Kulturprogramm
3481/2009
- 12.9 Ausstellung in der Kunst- und Museumsbibliothek: "AUS FERNEN WELTEN,
Andere und eigene Bücher von Manfred Förster"
3517/2009

- 12.10 Vervollständigung der Renaissance-Laube des Historischen Rathauses
3367/2009
- 12.11 Mündliche Anfrage von Herrn Deutsch, FDP Fraktion, aus der Sitzung des Kulturausschusses vom 28.04.2009. Hier: Aufwand zur denkmalwürdigen Sanierung der Römermauer an der Burgmauer.
3723/2009
- 12.12 Finanzierung wichtiger Ausstellungsprojekte für das Jahr 2010
3891/2009

13 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

14 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

15 Historisches Archiv

16 Schwerpunktthemen

17 Schriftliche Anfragen

18 Schriftliche Anträge

19 Allgemeine Vorlagen

- 19.1 Liquiditätssituation des Theater am Sachsenring - Schaubühne Köln, Hj. 2009
3634/2009

20 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gem. § 60 Abs. 2 GO NW

- 20.1 Beauftragung eines Gutachters für das Historische Archiv
3109/2009

21 Mitteilungen der Verwaltung

- 21.1 Vorlagepflicht der Museen im Bereich Lieferungen und Leistungen -
ausgenommen Bauleistungen (VOL)
2284/2009

- 21.2 Versicherungswerte der Museen
3327/2009

22 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Archäologische Zone

2.1 Archäologische Zone und Jüdisches Museum Köln 3595/2009

Die Architekten Herr Prof. Lorch und Herr Prof. Hirsch stellen anhand einer Power-Point-Präsentation die veränderte Planungsversion zur Archäologischen Zone vor (vgl. Anlage 1 zur Beschlussvorlage).

RM Sörries fragt, ob die dargestellte Außenverkleidung bereits der Realität nahe komme.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet darum, die Fassade des Gebäudes näher zu erläutern.

Architekt Prof. Hirsch erklärt hierzu, dass man sich in den städtebaulichen Kontext einfügen wolle, also auch in die Materialität des Rathausplatzes und der Rathauslaube. Das Ziel sei eine Art Steingitter zu konstruieren, damit das Gebäude relativ leicht sei und Einblicke in die Archäologische Zone gewährt. Gleichzeitig finde man in diesem Raster Platz für Spolien. Es gehe darum, eine moderne Übersetzung eines steinernen Gebäudes zu schaffen. Dazu werde mit Kunststeinen gearbeitet, so dass sich die Materialität nach wie vor in den Kontext einfüge. Auf Nachfrage erklärt er, dass im Wettbewerb gewisse Höhen vorgegeben worden seien, an denen man sich orientiert habe. Eine weitere Vorgabe sei gewesen, dass weiterhin aus dem obersten Stockwerk des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud ein freier Blick Richtung Dom gewährleistet sein müsse. In der Höhenentwicklung liege das entworfene Gebäude unter den Vorgaben und versuche gleichzeitig, innerhalb dieser Höhenentwicklung, einen kleinen Maßstab herzustellen, der der Kölner Altstadt entspreche.

Auf Anfrage von RM Möller erklärt Architekt Prof. Lorch, dass die Dachkonstruktion grau-beige sein werde und aus Zink bestehe.

Bürgermeisterin Spizig fragt, ob der Platz einheitlich gestaltet werde und frei von Autoverkehr sei. Außerdem fragt sie, wie hoch das komplette Gebäude sei.

Architekt Prof. Lorch erklärt, dass ein linearer Platzraum entstehe, der eine Schräge aufweise. Der Platzraum habe eine durchgängige Materialität und spanne sich zwischen dem Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud und dem neuen Museum. Es könne sein, dass zumindest eine Fahrspur für untergeordnete Dinge durch den Platz führe. Die Intention sei, dass der Platzraum sich zwischen den beiden Hochbauten, sowohl in die eine als auch in die andere Richtung aufspanne. Er weist darauf hin, dass man unter den Trauflinien der bestehenden Häuser und der Vorgaben geblieben sei. Die Höhe des Dachfirstes betrage ungefähr 14-15 Meter. Da es im Grundstück ebenfalls ein Gefälle gebe, sei die Frage nicht ganz so einfach zu beantworten.

Herr Heinemann fragt, ob eine Aussage zur Breite der Judengasse und zur Verträglichkeit des Historischen Rathauses und des geplanten Gebäudes getroffen werden könne.

Architekt Prof. Lorch erläutert hierzu, dass der geplante Abstand derzeit 5 Meter betrage. Die historische Judengasse sei noch enger gewesen.

Beigeordneter Prof. Quander ergänzt, dass es sich praktisch um eine Torsituation mit einer Länge von weniger als 10 Meter handele. Das Museumsgebäude sei links unten transparent. Zusätzlich gebe es eine Glasfassade zum Rathausplatz und zu den Obenmarspforten. Dadurch werde es lichter und wirke nicht so geschlossen wie eine Steinfassade.

Frau Luz stellt dar, dass sie den Entwurf immer noch für sehr hermetisch halte und bestimmte Sichtachsen unterbrochen würden. Sie fragt, inwieweit über die Aufenthaltsqualität auf den Plätzen nachgedacht worden sei und ob es eine Möblierung und Begrünung gebe. Außerdem möchte sie wissen, ob eine Außengastronomie seitens des Museums geplant sei.

Architekt Prof. Lorch erläutert hierzu, dass man grundsätzlich nicht gegen eine Begrünung sei. Die einzige Möglichkeit wären Topfpflanzen auf einem Betondeckel, weil die Archäologische Zone unter dem Platz liege und dadurch keine Bäume gepflanzt werden könnten. Wegen der technischen und stadträumlichen Situation und durch die Archäologische Zone wäre, aus seiner Sicht, eine Begrünung falsch. Deshalb habe man den Platz leer gelassen. Am Rathausplatz sei keine Gastronomie angedacht. Er halte es für vorstellbar, dass das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud mit seiner Gastronomie nach außen ginge.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, sich zu einem späteren Zeitpunkt konkrete Gedanken zu machen, wie der Platz belebt werden könne.

RM Blum bittet darum, die Beschlussvorlage in der heutigen Sitzung noch nicht zu beschließen, sondern sie ohne Votum in den Rat zu schieben, weil ihre Fraktion noch Beratungsbedarf habe. Sie fragt, wie hoch das Parterre sei.

Architekt Prof. Lorch antwortet, dass das Parterre, bedingt durch das Gefälle des Platzes, eine Höhe von 3 bis 4 Meter habe. Außerdem habe man mit der Konstruktion, die eine ziemlich hohe Spannweite überwinden müsse, rund 5 Meter für das eigentliche Ausstellungsgeschoss und für das Dach wo sich die Technik befinde, noch mal 3-4 Meter. Dies seien insgesamt 14 Meter, die er pauschal benennen könne.

RM Blum fragt, ob es Möglichkeiten gebe, die Technik so unterzubringen, dass sie das Gebäude nicht erhöhe. Sie führt aus, dass nicht die Nachbildung eines historischen Gebäudes entstehen soll, sondern ein modernes Gebäude. Es sei dargestellt worden, dass die Portalsgasse nicht ganz so eng gestaltet werde, wie sie im Mittelalter gewesen sei. Sie betont, dass man unter anderen Bedingungen lebe und das sollte auch stadtgestalterisch zum Ausdruck kommen. Sie schlägt daher vor, dass darüber noch einmal nachgedacht werde, ob die enge, mittelalterlich nachempfundene Portalsgasse das Richtige sei.

Architekt Prof. Lorch erwidert, dass es kein Pavillon sein dürfe, sondern ein raumbildendes Gebäude sein müsse. Mit der Technik könne man nicht nach unten gehen, da sich dort die Ausgrabungen befinden. Es gebe momentan keine andere Lösung. Er glaubt, dass erst die räumliche Fassung die Renaissance-Laube in eine Harmonie setze wie es notwendig sei. Dies sei der Startpunkt des ersten Wettbewerbes gewesen.

RM Sörries fragt, ob das Raster der Außenfassade nur zum Tragen käme, wenn es beleuchtet sei. Die Fassade dürfe nicht so sehr dem Kolumba ähneln. Dies seien Kriterien gewesen, die man im Verfahren ausgeschlossen habe.

Architekt Prof. Hirsch zeigt auf, dass es sich nicht um ein Zitat des geschätzten Kollegen Zumthor handle. Es ginge darum, eine Situation zu schaffen, die offener sei. Kolumba hingegen sei ein recht geschlossenes Gebäude, was stark aus dem Prinzip eines Ziegels herrühre. Hierbei habe man an ein offenes Steingitter gedacht, damit sich mehr Einblicke ergeben. Außerdem habe es dadurch eine größere Leichtigkeit und keine Herleitung aus einem Ziegel heraus, sondern größere Elemente, die verschiedenen große Öffnungen erlauben. Je nach den Lichtverhältnissen, kehre sich das Innere nach Außen und umgekehrt. Er verweist darauf, dass die Schwierigkeit bei Zeichnungen der Maßstab sei. Deshalb wolle man möglichst schnell ein 1:1 Fassadenmuster herstellen.

Frau Brunn bittet darum, sich die entsprechenden Pläne anschauen zu können. Sie sei ebenfalls der Meinung, dass man heute keine Entscheidung treffen könne, sondern sich sachkundig mache, um eine Unterstützung für eine Entscheidung zu gewinnen. So wie sie es verstehe, sei das Gebäude kleiner und geschmeidiger in die Raumsituation reingesetzt worden, als es zuvor im Siegerentwurf angedacht war. Hierdurch werde der Platz zum Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud deutlich größer. Sie fragt, was bezüglich der Platzgestaltung geplant sei und schlägt vor, dass hier ein eigenes Konzept entwickelt werden müsse. Außerdem fragt sie, nach den Zugängen zu dem Gebäude. Es sei wichtig, dass der Gebäudeteil mit den jüdischen Reliquien und Exponaten zugänglich sei.

Beigeordneter Prof. Quander sagt zu, dass die Pläne zur Verfügung gestellt werden. Er erklärt, dass es zunächst darum gehe wie es weitergehe. Wenn der Rat dem Beschlussvorschlag zustimme, könne man sich über die Platzsituation unterhalten und es müsse eine vernünftige Planung erfolgen. Das Architekturbüro habe noch keinen Auftrag, den Platz zu gestalten, denn in der Auslobung ging die Bebauung bis zur Straßenkante. Er weist auf den vorspringenden Gebäudeteil hin, wo die Beamer platziert werden sollen, und erklärt, dass es Türen in Richtung Rathauslaube sowie Obenmarspforten gebe. Das Gebäude könne von beiden Seiten begangen werden.

RM DeBellis-Ohlinger fragt, was zukünftig mit dem Ratskeller geplant sei.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass der Rathauskeller mit einbezogen sei und sich vom Altermarkt aus der Eingang befinde. Hier finde man die Restauration und den Shop. Der Rundgang durch die Archäologische Zone werde von dort organisiert und führe dorthin zurück. Es sei die Vorbereitungs- und Ausstellungsfläche für die Archäologische Zone.

Architekt Prof. Lorch ergänzt, dass dadurch erreicht werde, dass man ebenerdig in den Rundlauf komme, weil für die Archäologische Zone ein barrierefreier Hauptumgang geschaffen werden müsse.

Auf Anfrage von Herrn Irsfeld antwortet Architekt Prof. Lorch, dass sich der Platz in Richtung Judengasse nicht weite, hierbei handle es sich um das Prinzip der perspektivischen Darstellung. Er erläutert weiter, dass ein Teil des Bürotraktes des Rathauses verdeckt bleibe. Ein wesentlicher Aspekt nach der Diskussion im Wettbewerb sei, dass man Farina freistellen wolle und es eine lineare Platzsituation geben müsse.

Herr Dr. Fußbroich macht darauf aufmerksam, dass man bei der Platzgestaltung auch die Situation vor dem Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud bedenken sollte.

Herr Breuer betont, dass er die Bebauung des Rathausplatzes ablehne. Er fragt, warum für die Überbauung der archäologischen Bodenbefunde, zwingend ein mehrgeschossiger Hochbau erforderlich sei.

RM Dr. Müser lehnt die Bebauung des Rathausplatzes ebenfalls ab. Er weist darauf hin, dass zu Beginn thematisiert worden sei, dass das Gelände des ehemaligen Kaufhauses Kutz mit einbezogen werden sollte. Er fragt, wann das Gelände aus dem Betrachtungsbereich herausgefallen sei. Er habe den Eindruck, dass die Schutzfunktion der Funde kein Thema sei, sondern die Eigenpräsentation des geplanten Bauwerkes in den Fordergrund gestellt werde. Ebenfalls im Fordergrund stehe die Schaffung zusätzlicher Ausstellungs- und Veranstaltungsräume. Aus dem Ratsbeschluss gehe hervor, dass das nur dann Gegenstand des Bauwerks sein solle, wenn eine Finanzierung durch den Verein der Förderung der jüdischen Kultur und Geschichte erfolge. Dies sei allerdings passé. Er fragt, in welchem Zusammenhang diese Neuinterpretation in den Wettbewerb und die Entwurfsplanungen hineingekommen sei.

Er fragt, ob die Darstellung der Presse richtig sei, dass unter anderem eine Nutzung der jüdischen Gemeinde als Synagoge gewünscht wurde.

Außerdem interessiert es ihn, was der Ausgangspunkt für die Gesamtgröße des Gebäudes gewesen sei. Handele es sich um das Erscheinungsbild des Baukörpers, oder gebe es ein Raumprogramm, welches für museale Zwecke als sinnvoll erachtet werde. Des Weiteren fragt er, ob die Funde unterhalb des schrägen Platzes es zulassen, dass man eventuell Höhengsprünge einsetzen könne, um den Platz eben zu bekommen.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass die Planer nach wie vor auf der Basis des Ratsbeschlusses, in dem die Archäologische Zone und das Haus und Museum der jüdischen Kultur beschlossen wurde und wofür der Auftrag der Planung erteilt worden sei, tätig seien. Es gebe nun die Situation, dass der Verein zur Förderung und Errichtung des Museums sich nicht mehr in der Lage sehe, die erforderlichen Gelder zur Verfügung zu stellen und seinen Ausstieg aus dem Projekt erklärt habe. Deshalb mache man mit dieser Vorlage einen Vorschlag, der gemeinsam mit den Architekten erarbeitet wurde. Man verzichte zwar auf ein eigenständiges jüdisches Museum, wolle aber die jüdische Geschichte Kölns als integralen Bestandteil an diesem Ort, wo man die bedeutendsten jüdischen Zeugnisse in der Archäologie habe, darstellen. Auf die Frage von Herrn Breuer, ob man zur Abdeckung der Archäologischen Zone nicht andere Modelle entwickeln könne, antwortet er, dass dies theoretisch mit ja beantwortet werden könne, allerdings nicht der aktuelle Diskussionsstand sei. Es sei gewollt, die Archäologische Zone in der Regionale 2010 als Förderprojekt zu haben und das bedeute, dass man in diesem Jahr zu Ergebnissen kommen müsse, um im nächsten Jahr zu beginnen. Das Gelände des Kaufhauses Kutz könne nicht in die Planung einbezogen werden, weil das Grundstück erst 2011/12 zur Verfügung stehe. Es sei angedacht worden, möglicherweise Verwaltungsräume auf dem Gelände auszulagern. Er betont, dass das Raumprogramm für die Ausstellungsräume der jüdischen Abteilung für eine museale Präsentation nicht kleiner geworden sei, sondern es seien Lagerräume, Verwaltungsräume und doppelte Eingänge weggefallen. Er erläutert weiter, dass der geänderte Entwurf, in Abstimmungsgesprächen mit der Regionale 2010, noch als Fortentwicklung des im Wettbewerb ausgezeichneten Entwurfs gesehen werde. Die Verwaltung müsse sich zunächst an den vorhandenen Ratsbeschluss halten. Man versuche mit der Vorlage, aus der Kalamität durch das Wegfallen des Mitfinanziers, einen Vorschlag zu machen, der am Ende für Köln ein sehr gutes Produkt bringe. Es bestehe die Möglichkeit, zusätzlich EU-Fördermittel zu bekommen, welche die Stadt Köln in eine finanzielle Situation setzen würde, die deutlich besser sei als vorher. Denn hierdurch wäre das Gesamtprojekt förderfähig, wohingegen vorher nur der Bau förderfähig gewesen sei. Beim letzten Planungsbeschluss lagen die Einrichtungskosten etc. zu 100 % bei der Stadt Köln. Es sei ein qualitativer Sprung nach vorne, zu dem er raten möchte.

Architekt Prof. Lorch erläutert zum Gelände des Kaufhauses Kutz, dass eine Auslagerung von wesentlichen Teilen keinen Sinn mache, da dies zu Doppelungen führen würde. Auf die Frage bezüglich der Funde weist er darauf hin, dass die Ausstellung, im Gegensatz zu anderen Museen, fix sei, weil man die Funde nicht verschieben könne. Er erläutert, dass der Veranstaltungsraum in dem ursprünglichen Raumprogramm bereits enthalten gewesen sei und nicht verändert wurde. Das Raumprogramm sei in Absprache mit der Stadt Köln beibehalten worden. Er erklärt weiter, dass die Grabungen eine Höhenlage haben, die praktisch nicht begehbar sei. Folglich wurde eine Zwischenlösung gefunden, die es ermögliche, über eine Glasebene die Synagoge zu begehen. Es bestehe die Möglichkeit, dass dieser Ort von der jüdischen Gemeinde genutzt werde.

Herr Dr. Wackerhagen begrüßt, dass es ein Jüdisches Museum in der Archäologischen Zone als unselbstständigen Teil geben werde.

RM Sörries stellt dar, dass das Museum als frei hängende Architektur geplant worden sei. Er fragt, wie dies optisch in den Räumen mit den Tragwerken aussehe und ob es so realisiert werden könne, dass es keine Gründung in der Archäologischen Zone selber gebe. Er weist darauf hin, dass die Ausgrabungsstelle Roma Christiana in Rom gänzlich überspannt sei, so dass es dort keine einzige Säule gebe. Er fragt, ob dies bei der Archäologischen Zone auch möglich sei.

Architekt Prof. Lorch erklärt, dass man letztendlich die Ausgrabungen kaputt mache, je mehr reinfundiert werde. Die Kosten für eine Überspannung seien zwar hoch, aber in diesem Fall koste eine Fundierung noch mehr Geld. Insofern habe sich gezeigt, dass es sich um das richtige Konzept handle, um zu einem Konsens mit den Archäologen zu kommen. Er berichtet weiter, dass man im Bereich der niederen Überdeckung und der Straßen und Plätze derzeit eine Befahrlast zwischen 30 – 40 Tonnen habe. Die Stützen ganz wegzulassen, sei nicht möglich.

RM Sörries fragt, ob es eine 3D-Abbildung des Innenraumes gebe, wo man die Stützen sehen könne.

Architekt Prof. Lorch bejaht dies.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, dies zusammen mit den Plänen zur Verfügung zu stellen. Es sei außerdem eine wichtige Frage, wie der Innenraum dargestellt werde. Sie bedankt sich im Namen des Ausschusses bei den Architekten für ihre Ausführungen.

Frau Brunn versteht das Vorgehen so, dass sich eine weitere Förderungsmöglichkeit durch das Land NRW und durch die EU erschließe, wenn das Projekt Archäologische Zone um den Teil der Ausstellung der jüdischen Funde erweitert werde. Dies ermögliche insgesamt einen höheren Zuschuss des Landes und der EU. Sie weist darauf hin, dass eine zusätzliche Finanzierung für die Platzgestaltung hinzukäme. Die Frage sei, wieweit sich das in dem vorgegebenen Kostenrahmen halte. Hierzu benötige man noch Erläuterungen. Sie stellt dar, dass es durchaus Möglich sein sollte, diesen überarbeiteten Entwurf als städtischen Antrag in die Regionale einzubringen. Sie habe den Eindruck, dass das Nutzungskonzept noch nicht optimal sei. Der zu fassende Beschluss müsse so sein, dass er offen gegenüber einer möglichst eigenständigen, kuratierten jüdischen Inhaltlichkeit und der Einbeziehung Dritter in den Betrieb sei.

RM Blum fragt, weshalb der überarbeitete Entwurf in der nächsten Ratssitzung beschlossen werden müsse, ohne vorher darüber diskutiert zu haben, was noch verändert werden könne. Sie befürchtet außerdem, dass sich die offenen Fragen bis zur nächsten Ratssitzung nicht klären lassen. Sie fragt, welche Möglichkeit bestehe, die Vorlage noch zu schieben, ohne die Fördermöglichkeiten aufs Spiel zu setzen. Au-

ßerdem fragt sie, wie sicher eine Bezuschussung durch die EU sei und ob die Archäologische Zone gefährdet wäre, wenn die EU-Gelder nicht bewilligt würden.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister zeigt auf, dass der Zeitdruck durchaus nachvollziehbar sei, da die Regionale im nächsten Jahr stattfinde.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass man zunächst einen Weiterplanungsbeschluss benötige. Es handele sich hierbei nicht um den Baubeschluss, der herbeigeführt werden soll. Zunächst müsse die Planung für die Errichtung des Gebäudes fortgesetzt werden.

Er weist darauf hin, dass im Obergeschoss relativ viel Platz für eine offene, noch zu gestaltende Ausstellungsfläche sei. Wie die Ausstellung inhaltlich aussehe, müsse noch in einem entsprechenden Ausstellungskonzept ausgearbeitet werden.

Er verdeutlicht, dass gegenüber der Regionale erklärt werden müsse, wer der Betreiber sei und welches Betreibermodell dahinter stehe. Momentan sei das Betreibermodell ein Museum der Stadt Köln, da es keinen Partner gebe.

Beigeordneter Prof. Quander antwortet auf die Frage betreffend der EU-Mittel, dass im Sommer Gespräche mit der Regionale-Agentur und dem Land geführt worden seien. Zuletzt habe es detaillierte Gespräche bei der Bezirksregierung gegeben, wo die Möglichkeit eröffnet wurde, dieses Projekt, welches bislang ausschließlich ein Regionales Projekt war und damit nur Städtebaufördermittel des Landes NRW in Anspruch hätte nehmen können, als Gesamtprojekt in die EFRE Förderung der EU hineinkommen könnte. Deswegen sei das Jüdische Museum integraler Bestandteil der Archäologischen Zone.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass der Zeitdruck durch die Verknüpfung mit der Regionale und deren Förderung bestehe. Für die Regionale 2010 sei es zwingend, dass im nächsten Jahr mit dem Bau begonnen werde. Dies setze voraus, dass noch in diesem Jahr der Baubeschluss gefasst werde. Er hoffe, dass bis dahin eine Zusage der Förderungen der EU und des Landes vorliege. Ein entsprechender EU-Antrag müsse bis zum 19. Oktober 2009 gestellt werden. Es gebe auch die Möglichkeit, den Baubeschluss unter der Bedingung zu fassen, dass die Fördergelder tatsächlich kommen.

Auf Nachfrage von RM Blum erläutert Beigeordneter Prof. Quander, dass die Archäologische Zone ohne EU-Mittel Bestandteil der Regionale und der Städtebauförderung des Landes bleibe. Er weist darauf hin, dass das Land die Gespräche mit der EU führe und das Land werde sich aus Eigeninteresse sehr stark engagieren, um die Förderung möglich zu machen.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister bestätigt, dass es bei der Beantragung für die Regionale 2010 Unterstützung durch das Land gegeben habe. Sie stellt fest, dass man finanziell und architektonisch auf einem sehr guten Weg sei.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Historisches Archiv

3.1 Neubau Historisches Archiv mit Kunst- und Museumsbibliothek und Rheinischem Bildarchiv 3739/2009

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister merkt an, dass es hilfreich gewesen sei, wenn es eine durch die Verwaltung aufgearbeitete Kostenübersicht, welche die Bau- und Unterhaltungskosten darstellen, gegeben hätte.

RM Sörries fragt nach dem Flächenbedarf der Kunst- und Museumsbibliothek und des Rheinischen Bildarchivs am neuen Standort Eifelwall. Es seien zusätzlich 2000 qm von der Gebäudewirtschaft aufgenommen worden. In diesem Zusammenhang fragt er nach der Notwendigkeit und wie diese begründet werde.

Prof. Quander verweist auf die Anlage 11 der Vorlage, in der ein Vergleich der Kosten aufgelistet sei. Ebenso seien die Flächenanteile für die Kunst- und Museumsbibliothek und das Rheinische Bildarchiv dargestellt.

Der Leiter der Gebäudewirtschaft Rummel ergänzt, dass die Erhöhung der Flächenansätze im letzten Rat beschlossen worden seien. Bisher habe man 30 Jahre als Reserve angesetzt. Durch den Ratsbeschluss seien es nun 50 Jahre.

Frau Brunn fragt, ob mit den beteiligten Institutionen der Flächenbedarf abgestimmt sei.

Beigeordneter Prof. Quander antwortet, dass die Raumbedarfe gemeinsam mit den Institutionen geplant worden seien. Dies sei aus der Frage entstanden, welchen Synergieeffekt es bringe, wenn man die Institute zusammen aufnehme. Dies bringe ein gewisses Potenzial, welches ihm sinnvoll erscheine. Er weist zusätzlich darauf hin, dass für die Kunst- und Museumsbibliothek auf längere Sicht ein Neubau erforderlich sei.

Herr Irsfeld verweist auf ein Gutachten, in dem stehe, dass eventuell mit Altlasten auf dem Grundstück Eifelwall zu rechnen sei. Er fragt außerdem, ob es darüber hinaus für das Gelände archäologische Untersuchungen gebe. Dort gebe es das Festungsgelände, in dem Festungsanlagen des 19. Jahrhunderts zu erwarten seien.

Der Leiter der Gebäudewirtschaft Rummel erläutert, dass es sich hierbei um eine Altlastenverdachtsfläche handele. Es gebe allerdings keine Hinweise was sich dort befinden könnte. Er bestätigt, dass es archäologische Funde geben könne, da sich dort eine Ausfallstraße befand.

Beigeordneter Prof. Quander ergänzt, dass dies noch nicht abschließend untersucht worden sei.

RM Blum fragt, ob der angestrebte Synergieeffekt bei einer Dreierlösung am Eifelwall, eine Planung in einzelnen Modulen bei einer Ausschreibung ausschließe.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass eine Modullösung berücksichtigt werden könne und durchaus sinnvoll sei. Bisher habe man nur Planannahmen und es gebe noch keinen Architekturentwurf. Er weist darauf hin, dass insbesondere in der Zusammenarbeit der Bildabteilung des Historischen Archivs und des Rheinischen Bildarchivs Synergieeffekte zu sehen seien.

RM Blum bittet darum, dass eine Planung in einzelnen Modulen mit aufgenommen bzw. geprüft werde, wenn man sich für die Dreierlösung am Eifelwall entscheide.

Herr Dr. Wackerhagen bittet die Verwaltung, die Kosten noch einmal nachzurechnen, um mehr Sicherheit zu bekommen, dass das Historische Archiv am Standort Eifelwall zu den angegebenen Kosten tatsächlich gebaut werden könne. Das, was bei der Kostenrechnung für das Opernquartier passiert sei, dürfe sich nicht wiederholen.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister unterstützt weitestgehend die Aussage von Herrn Dr. Wackerhagen und fragt, ob für den Bau des Historischen Archivs ein Wettbewerb vorgesehen sei.

Der Leiter der Gebäudewirtschaft Rummel erläutert, dass die Verwaltung selber gerechnet habe und es eine Aufforderung gegeben habe, durch Dritte rechnen zu lassen. Die angegebenen Kosten stammen aus der Studie eines Wirtschaftsberatungsunternehmens, welches sich insbesondere mit Bauen und Baupreisen beschäftige. Darüber hinaus habe man die GAG gebeten, die Kostenaufstellung zu prüfen. Er berichtet, dass man sich verschiedene Archive in Deutschland angesehen habe, so dass man relativ genaue Zahlen habe, was den Flächenansatz angehe. Das Verhältnis zwischen der eigentlichen Hauptnutzfläche und den Nebennutzflächen werde man genauer wissen, wenn ein qualitätsvoller Wettbewerb gemacht werde und die Vorplanung vorliege. Es handele sich um Schätzungen und Kostenansätze, welche die Gebäudewirtschaft so mittragen könne. Es seien Sicherheiten eingerechnet worden und die Risiken seien durch das Wirtschaftsberatungsunternehmen Ernst & Young bewertet worden, so dass man sich mit der Kostenschätzung dem genähert habe, was es letztendlich kosten werde. Für öffentliche Bauten eine hundertprozentige Kostensicherung aufzuweisen, sei leider nicht möglich. Diese habe man erst bei bestimmten Planungsständen, z.B. nach Vorlage des Vorentwurfs und der sonstigen Entwurfsplanung. Er weist darauf hin, dass der Stadtentwicklungsausschuss angeregt habe, einen Wettbewerb zu veranstalten. Dies müsse letztendlich der Rat entscheiden. Wenn es einen Wettbewerb gebe und möglicherweise eine hochqualitative bauliche oder gestalterische baukulturelle Lösung vorliege, werde diese eventuell Einfluss auf die Kosten haben.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister merkt an, dass bei einem Wettbewerb der Kostenrahmen vorgegeben werden könne.

Bürgermeisterin Spizig beantragt die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen, da noch Beratungsbedarf bestehe.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes fragt, ob die Archivalien der Stadt- und Universitätsbibliothek berücksichtigt worden seien.

Die Leiterin des Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia berichtet, dass diesbezüglich Gespräche mit Herrn Prof. Schmitz geführt worden seien. Eine Zusammenarbeit war seitens der Stadt- und Universitätsbibliothek nicht gewünscht.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister stellt fest, dass es in den Fraktionen noch Beratungsbedarf gebe und die Vorlage ohne Votum in den Rat verwiesen werde.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Einsturz des Historischen Archivs" (vgl. Anlage 2).
3099/2009**

**3.2.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Einsturz des Historischen Archivs"
hier: aktualisierte Beantwortung (vgl. Anlage 3).
3340/2009**

**3.3 Stiftung zu Gunsten des Historischen Archivs
3735/2009**

Die Stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 3.2 und 3.3 gemeinsam zu behandeln.

RM Sörries weist darauf hin, dass die dargestellten Zahlen in der Mitteilung nicht mit denen der Beschlussvorlage übereinstimmen. Ebenso werde der Zustand der Archivalien unterschiedlich dargestellt. Er fragt, welche Angaben korrekt seien.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass alle Archivalien, die im Historischen Archiv gelagert waren, unterschiedlich beschädigt wurden. Es gelten die Zahlen, die das Historische Archiv grob geschätzt habe und in der Beschlussvorlage abgebildet seien. Hierbei sei das nicht geborgene Archivgut nicht aufgelistet worden. Er weist darauf hin, dass die Archivalien, die im Keller des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums gelagert waren, unbeschädigt seien. Er betont, dass ein enormer Restaurierungsbedarf bestehe. Es gebe erste Hochrechnungen, die 6300 Restauratorenjahre ermittelt haben und deswegen betrage der Finanzbedarf deutlich mehr als 300 Mio. EUR. Die Frage, welche Restaurierungsmethoden aufgewendet werden müssen, die von der Materialität und der Beschädigung des Archivgutes abhängen, sei noch nicht geklärt. Der nächste Schritt sei, dass die Archivare in die Asylarchive gehen, um dort die Bestände in eine digitale Datei zu überführen und dabei den Schädigungsgrad festzustellen. Er stellt dar, dass dies eine immense Dimension sei, welche die Stadt Köln nicht alleine stemmen könne, deswegen wolle man den Weg über die Stiftung gehen. Es habe bereits Vorgespräche mit dem Land über eine Beteiligung gegeben. Außerdem habe der Bundesausschuss Kultur und Medien ganz klar gesagt, dass er dies als eine nationale Aufgabe sehe. Er weist zusätzlich darauf hin, dass man 2-3 Jahre benötige, bis man sagen könne, welcher Restaurierungsaufwand dahinter stehe.

Die Leiterin des Historischen Archivs ergänzt, dass man Ende September die Asylarchive ansteuere, die man zuerst verlassen müsse. Sie berichtet, dass Barcodes vergeben werden, weil man nicht mehr mit Erschließungseinheiten, sondern mit auseinander gerissen Einheiten, sogenannten Bergungseinheiten zu rechnen habe. Diese würden mit der Bergungssoftware gekoppelt und anschließend werde die Schadensklasse festgelegt. Es wurden drei Schadensklassen entwickelt, welche die Schädigung des Gesamtbestandes, oder Teile des Bestandes die identifiziert wurden, ermögliche. Erst wenn man in jedem Archiv gewesen sei, was 2-3 Jahre bei einer Menge von 30 Kilometern dauere, wisse man welchen Schädigungsgrad das Archivgut habe und was noch vorhanden sei.

Frau Brunn betont, dass sie die Vorlage befürworte, könne allerdings nicht verstehen, warum dieser erste Vorschlag zur Gründung der Stiftung so viel Zeit gebraucht habe. Je länger es dauere, umso schwieriger werde, es Geld einzuwerben. Sie halte es au-

ßerdem für wichtig, diejenigen einzubinden, die Teile ihrer Identität durch den Verlust von Archivalien verloren haben. Sie schlägt vor, dass in den Prozess der Wiederherstellung und den Diskurs, die Betroffenen mit einbezogen werden.

Bürgermeisterin Spizig berichtet, dass zwei Monate nach dem Einsturz des Historischen Archivs eine erste Informationsveranstaltung für die Betroffenen im Rathaus stattfand. Sie habe vorher an verschiedenen Stellen angemahnt, dass von der Gesteher, bei den Betroffenen etwas anderes gefragt sei. Es sei versäumt worden, die Personen einzeln anzusprechen. Sie weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass vor einigen Wochen eine Veranstaltung unter dem Titel „Verschüttet“ auf der Severinstraße stattgefunden habe. Hierbei sei durch Betroffene darauf hingewiesen worden, welche Archivalien verlorengegangen seien. Es müsse ihrer Meinung nach erneute Gespräche mit den Betroffenen geben, um gemeinsam zu überlegen, wie man ihnen sachlich, fachlich und emotional gerecht werden könne.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes bittet die Verwaltung, kurzfristig eine Lösung für sofortige Stiftungsmöglichkeiten zu erarbeiten und dem Beschlussvorschlag hinzuzufügen.

Die Leiterin des Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia weist darauf hin, dass am 3. September 2009 ein Rundbrief an alle Depositare und Nachlassgeber geschickt worden sei, in dem über den neuesten Stand berichtet wurde und man eine zweite Versammlung im Herbst angekündigt habe. Es seien außerdem zahlreiche Einzelgespräche mit Depositaren geführt worden, die inzwischen sehr konstruktiv mit der Verwaltung zusammenarbeiten und das Archiv, im positiven Sinne, nach vorne bringen möchten. Außerdem bringen sie ihren Rat bei der Rekonstruktion der Bestände ein. Der Rundbrief sei bei den Betroffenen sehr gut aufgenommen worden und es habe viele positive Rückmeldungen gegeben.

Herr Irsfeld betont, dass er die Kritik nicht verstehen könne. Er teilt mit, dass er zu den Betroffenen gehöre und bisher nicht wisse, was aus seinem abgegebenen Bestand geworden sei. Er habe an dem Treffen im Rathaus teilgenommen und nicht den Eindruck, dass es eine Empörung der Anwesenden gegeben habe. Im Übrigen möchte er darauf hinweisen, dass es den Verein „Freunde des Historischen Archivs“ gebe, welcher seit Monaten Spenden sammle. Es sei bisher ein Betrag von über einer halben Million Euro gespendet worden.

Die Leiterin des Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia weist darauf hin, dass die Verwaltung einen Patenschaftskatalog vorbereite, der im Herbst ins Netz gestellt werde und sich insbesondere an die Bürgerschaft richte. Für diesen Katalog bereite man hauptsächlich die Handschriften vor. Diese werden beschrieben und in den historischen Kontext gestellt. Außerdem werde getestet, wie viel Zeitaufwand man für die Restaurierung des Stückes benötige und setze anschließend eine Summe fest. Jeder der möchte, könne eine Patenschaft für diese Handschriften erwerben.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister halte dies für einen guten Schritt. Es sei wichtig, die Bürgerinnen und Bürger mit einzubeziehen, die zu Beginn große Bereitschaft bekundet haben dies zu unterstützen. Sie möchte an dieser Stelle, im Namen des Ausschusses, allen Institutionen und Einzelpersonen danken, die der Stadt und dem Historischen Archiv geholfen haben.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass der Finanzausschuss der Vorlage zugestimmt habe.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, den Zusatz, dass die Verwaltung beauftragt werde, kurzfristig eine Lösung für sofortige Stiftungsmöglichkei-

ten zu erarbeiten, dem Beschlussvorschlag hinzuzufügen.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, eine Stiftung zu Gunsten des Historischen Archivs zu gründen, um deutlich zu machen, wie unverzichtbar für die Stadt und dringlich die Instandsetzung der geretteten Archivalien des Historischen Archivs ist.

Der Rat beschließt weiter, dass die Stadt Köln in die zu gründende Stiftung ein Stiftungskapital von zwei Millionen Euro einbringt und eine Spende von drei Millionen Euro leistet unter der Voraussetzung, dass entsprechende Mittel aus Versicherungsleistungen aufgrund des Einsturzes des Historischen Archivs eingegangen sind.

Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, unverzüglich die zur Stiftungsgründung – die gemäß §§ 2, 15 Stiftungsgesetz NRW der Anerkennung durch die Stiftungsaufsichtsbehörde bedarf - erforderlichen Unterlagen zusammenzustellen und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten schlägt folgende Ergänzung vor:

Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, kurzfristig eine Lösung für sofortige Stiftungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**Mitteilung der Verwaltung betreffend "Stiftung zu Gunsten des Historischen Archivs"
3471/2009**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis (vgl. Anlage 4).

4 Schwerpunktt Themen

4.1 Sachstand Neubau Rautenstrauch-Joest-Museum

Herr von Rautenstrauch stellt dar, dass immer noch unklar sei, wann das Gebäude an die Museen übergeben werden könne. In der Unterausschusssitzung Museumsneubauten am 27. Mai 2009 habe die Verwaltung dargestellt, dass die rechtsgeschäftliche Gesamtannahme des Baus Ende Juli erfolgen könne und im ersten Quartal 2010 das Gebäude eröffnet werde. Diese Aussage sei seines Erachtens überholt, denn es sehe so aus, als ob die Übergabe des Gebäudes vor Ende des Jahres nicht möglich sein werde. Es seien immer noch Baumaßnahmen in den Ausstellungsräumen notwendig. Kein Sammlungsgegenstand könne das neue Gebäude beziehen, wenn die Klimaanlage nicht abgenommen sei und das werde angeblich noch drei Monate dauern. Für die Einrichtung des Museums werde man mit Sicherheit 6-8 Monate benötigen und demnach das Museum nicht vor den Sommerferien 2010 eröffnen können. Die Gebäudewirtschaft sagt aus, dass es an den Architekten liege und die wiederum, es liege an der Arbeitsgemeinschaft der Baufirmen. Er betont, dass die Museumsleitung über die Entwicklung in hohem Maße frustriert sei.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister stimmt Herrn von Rautestrauch zu, dass die Verzögerung der Fertigstellung des Gebäudes höchst unerfreulich sei.

Der Leiter der Gebäudewirtschaft Rummel räumt ein, dass die rechtsgeschäftliche Gesamtabnahme im Juli nicht erfolgt sei. Es sei zunächst eine Mängelbeseitigung betrieben worden. Die rechtsgeschäftliche Gesamtabnahme werde nunmehr am 20. November 2009 vorgenommen. Ende des Jahres werde die Klimastabilität des Gebäudes hergestellt sein, so dass im Januar die Einrichtung des Museums erfolgen könne. Von daher befinde man sich im Zeitplan, wie er im Unterausschuss Museumsneubauten mitgeteilt worden sei.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister hofft, dass man in dem Zeitplan, wie er jetzt dargestellt worden sei, bleibe.

4.2 Städtebaulicher Masterplan Innenstadt Köln

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, den Tagesordnungspunkt auf Grund der fortgeschrittenen Zeit, erneut zu vertagen.

Herr Heinemann bittet die Verwaltung darzustellen, wie man mit der Behandlung des Denkmalschutzes beim Vollzug des Masterplanes umgehe.

4.3 Jahresbericht des Museumsdienstes

Museumsdienstleiter Dr. Hamann stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation den Jahresbericht des Museumsdienstes vor.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich im Namen des Ausschusses für den Vortrag und lobt, dass sehr viele positive neue Aufgaben vom Museumsdienst in Angriff genommen worden seien.

5 Denkmalpflege

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer berichtet, dass sie kürzlich den Bericht der TÜV-Überprüfung zum U-Bahn-Bau bekommen habe, allerdings noch keine Gelegenheit gehabt habe sich damit zu beschäftigen. Sie werde unaufgefordert in der nächsten Sitzung darüber berichten.

Sie informiert den Ausschuss, dass die Materialsicherung der Eisenwache fertig gestellt wurde und an einem sicheren Ort aufbewahrt werde. Sie versichert, dass fast kein Substanzverlust zu verzeichnen ist, lediglich ein Fuß des Halbreiefs sei verloren gegangen.

Des Weiteren saniere man zurzeit das Gelände entlang des Rheinuferes. Dies geschehe schwerpunktmäßig im Bereich der Bastei, um dort einen Akzent zu setzen, denn es handele sich hierbei um ein Kostenvolumen von 130.000 EUR. Dies werde zusammen mit dem zweiten Arbeitsmarkt und gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung bewältigt, um zu dokumentieren, welcher Sozialaspekt mit der Denkmalpflege zur positiven Weiterentwicklung des Stadtbildes bewältigt werde.

Sie berichtet weiter, dass Alt St. Alban und die Konradkapelle fertiggestellt seien und am 10. September 2009 wieder eingeweiht werden. Dies sei möglich gewesen, weil die Imhoff-Stiftung und das Land mit erheblichen Mitteln diese Maßnahme gefördert habe, wofür sie an dieser Stelle ihren Dank ausspreche.

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer weist ferner darauf hin, dass am 15. September 2009 der Tag des offenen Denkmals stattfinde. Das Motto laute „Historische Orte des Ge-

nusses“, welches ein sehr umfangreiches Thema sei. Man sei in der Lage, achtzig Objekte der Öffentlichkeit zu zeigen. Über 300 Führungen seien in einem interessanten Programm, sowohl in Druckform, als auch online zu erhalten. Die Führungen seien kostenlos.

Abschließend berichtet sie über das Heumarkt-Denkmal. Bereits in einer der letzten Sitzungen habe sie über die Schwierigkeiten der Sanierung des Denkmals berichtet. Zwischenzeitlich sei es gelungen, alle beteiligten Gutachter zu einer konstruktiven Lösung heranzuführen. Die Arbeiten der Sanierung haben begonnen und laufen gut voran. Sie sei zuversichtlich, dass „das Pääd“ im nächsten Monat zurückgeführt werden könne. Hierüber werde sie den Ausschuss rechtzeitig informieren. Ein erster Schritt für den ersten Bauabschnitt dieses Baudenkmals wäre damit gewährleistet.

RM Sörries ergänzt, dass das Parkcafé ebenfalls über den zweiten Arbeitsmarkt restauriert werde.

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer bestätigt dies und führt aus, dass diesbezüglich ein Meilenstein gesetzt worden sei. Sie sei zuversichtlich, dass man hier eine vernünftige Lösung finde.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister stellt fest, dass dies eine interessante Entwicklung für den öffentlichen Raum und die Erhaltung von wichtigen Denkmälern sei.

Herr Irsfeld weist darauf hin, dass der Kutter in der Eigelsteintorburg beschmiert worden sei und die Marinekameradschaft verlangt habe, diesbezüglich Schutzmaßnahmen zu ergreifen, um den Vandalismus zukünftig zu verhindern. Er fragt, ob seitens der Stadtverwaltung etwas unternommen werde.

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer erklärt, dass hierfür das Kölnische Stadtmuseum zuständig sei. Sie wisse allerdings, dass entsprechende rechtliche Schritte diesbezüglich eingeleitet worden seien.

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Betrieb der Kölner Brunnen" AN/1161/2009

6.1.1 Betrieb der Kölner Brunnen Beantwortung der Anfrage der Fraktion pro Köln - AN/1161/2009 3483/2009

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis (vgl. Anlage 5).

6.2 Anfrage des sachkundigen Einwohners Herr Breuer betreffend "Kürzungen des Kulturetats nach Forderung durch den Kämmerer; hier: Auflistung von theoretischen Kürzungen durch das Dezernat VII im Produktbereich 4 (Kultur und Wissenschaft)" AN/1381/2009

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass er die Anfrage noch nicht beantworten könne, weil man im verwaltungsinternen Abstimmungsverfahren sei. Es gebe eine Kürzungsquote, die von der Kämmerei eingebracht worden sei. Das Kulturdezernat habe

bereits im Juli gegenüber der Kämmerei dazu Stellung genommen. Bisher liege keine Antwort der Kämmerei vor, so dass er im Augenblick dazu keine Aussage treffen könne.

7 Schriftliche Anträge

7.1 Antrag des sachkundigen Einwohners Wolfgang Breuer betreffend "Grundsätze über die Annahme und Verwendung von Beträgen und geldwerten Sachen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher kultureller Aufgaben der Stadt Köln" AN/1292/2009

Frau Brunn weist darauf hin, dass es sich hierbei um einen Prüfauftrag handele, dem Rechnung getragen werden müsse. Deshalb stimme ihre Fraktion dem Antrag zu.

RM Blum erklärt, dass ihre Fraktion den Antrag ablehne. Sie schlägt vor, eine Stelle in der Verwaltung einzurichten, die sich ganz speziell um potenzielle Sponsoren und Mäzene kümmere. Sie halte es nicht für sinnvoll, dass dies ehrenamtlich geschehe.

RM Sörries erläutert, dass seine Fraktion dem Antrag zustimme, weil dies einem Ratsantrag, der bereits gestellt worden sei, entspreche.

RM Dr. Elster weist darauf hin, dass seines Erachtens Spenden und Stiftungen für den Kunst und Kulturbetrieb wichtig seien. Wenn der Antikorruptionsbeauftragte bemüht werden soll und von Transparenz die Rede sei, sei dies das falsche Signal. Es gebe einen Ratsantrag, in dem die Themen bereits behandelt werden, deshalb sei die Form, die Herr Breuer mit dem Antrag gewählt habe, absolut unpassend.

Die stellvertretende Vorsitzende betont, dass mit dem Prüfauftrag nicht deutlich gemacht werden soll, dass man nicht auf Stiftungen angewiesen sei und diese nicht zu schätzen wisse.

Beschluss:

Die Verwaltung möge prüfen, inwieweit der Runderlass der Innenminister der Länder vom 30.9.2004 und die Verwaltungsvorschrift der Freien Hansestadt Bremen vom 25.7.2008 auf stadtkölnischer Ebene dazu beitragen können, unter Wahrung des öffentlichen Interesses Grundsätze über die Annahme von Beträgen und geldwerten Sachen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher kultureller Aufgaben der Stadt Köln zu entwickeln.

Dabei sollte der Antikorruptionsbeauftragte der Stadt Köln beteiligt werden und die Annahme von Beträgen und geldwerten Sachen seiner Zustimmung bedürfen.

Aus Gründen der vollständigen Transparenz müssten Annahme und Verwendung grundsätzlich offen und nicht anonym erfolgen; eine anonyme Annahme von Beträgen soll nur aus datenschutzrechtlichen Gründen (z.B. Bußgelder aus Strafverfahren zugunsten der Kinderoper) möglich sein.

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

**7.2 Antrag des sachkundigen Einwohners Wolfgang Breuer betreffend
"Kunstsehen - Blinden - Kunst- und Kulturstadtplan Köln"
AN/1342/2009**

Frau Brunn erklärt, dass ihre Fraktion dem Antrag grundsätzlich zustimme. Sie bittet allerdings darum, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft für Behinderte eingebunden werde.

Bürgermeisterin Spizig schlägt vor den Antrag nicht zu beschließen, sondern in die Stadtarbeitsgemeinschaft für Behinderte zur weiteren Beratung zu verweisen.

RM Blum stimmt dem Vorschlag von Bürgermeisterin Spizig zu.

Beschluss:

Der Antrag wird in die Stadtarbeitsgemeinschaft für Behinderte verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Allgemeine Vorlagen

**8.1 Leihgabe der Skulpturen aus der Sammlung Rau an das Museum
Schnütgen
3069/2009**

Frau Brunn gratuliert dem Museum Schnütgen zu dieser Leihgabe.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Leihvertrag mit der UNICEF zu schließen, der die Skulpturen aus der Sammlung Rau bis 2026 dem Museum Schnütgen überlässt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**8.2 Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
3075/2009**

Bürgermeisterin Spizig erklärt, dass ihre Fraktion sich dem Vorschlag der Verwaltung anschließe, allerdings mit der Begründung, dass die Betroffenen einen Anspruch auf den Köln-Pass bekommen und in diesem Rahmen die kulturellen Angebote wahrnehmen können.

RM Sörries weist darauf hin, dass Bürger die Anspruch auf SGB II oder SGB XII Leistungen haben, den Köln-Pass zugesandt bekommen. Er schlägt vor, dass der Landschaftsverband und die Stadtverwaltung ein Kriterium erarbeiten, um hier ebenfalls so zu verfahren.

Behindertenvertreterin Palm weist darauf hin, dass der betroffene Personenkreis auf Betreuung angewiesen sei. Sie empfiehlt, dass ein Automatismus vorgenommen werde, um den betroffenen Personen sofort die entsprechenden Unterlagen zur Verfügung zu stellen, damit diese sie in Anspruch nehmen können.

Stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, die Empfehlung an die Verwaltung weiterzuleiten. Ebenso sollten über den Köln-Pass neue Nutzer-Gruppen für die Museen und Kultureinrichtungen erreicht werden. Sie schlägt eine Ablehnung, im Sinne der Vorlage, mit den entsprechenden Empfehlungen, vor.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt, sich den Empfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft nicht anzuschließen, weil die Ermäßigungstatbestände für die Eintrittsgebühren in die Museen und die sonstigen städtischen Kultureinrichtungen sich ausschließlich an der tatsächlichen finanziellen Leistungsfähigkeit des Einzelnen orientieren sollen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Benutzungsordnung der Museen dahingehend zu ergänzen, dass die Begleitperson eines Rollstuhlfahrers oder eines Schwerbehinderten eine kostenlose Eintrittskarte erhält, sofern im Behindertenausweis der Buchstabe B vermerkt ist.

Das Verfahren wird auf Nachfrage bereits praktiziert, so dass keine zusätzlichen Kosten oder Einnahmeausfälle entstehen.

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt weiter, dass ein Automatismus vorgenommen werde, indem die betroffenen Personen sofort die entsprechenden Unterlagen erhalten, um diese in Anspruch nehmen zu können. Ebenso sollen über den Köln-Pass neue Nutzer-Gruppen für die Museen und Kultureinrichtungen erreicht werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**8.3 Bedarfsprüfung, Einleitung eines Vergabeverfahrens und Abschluss eines Rahmenvertrages über die Lieferung von Filmen (DVDs), Musik-CDs, Hörbüchern, Software und Konsolenspielen für die Stadtbibliothek Köln für die Zeit vom 01.05.2010 bis 30.04.2011 zzgl. einjähriger Verlängerungsoption
2258/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten ermächtigt die Verwaltung, zum Abschluss eines Rahmenvertrages über die Lieferung von Videofilmen, Musik-CDs, Hörbüchern und elektronischen Spielen eine europaweite losweise Ausschreibung durchzuführen.

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten verzichtet auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**8.4 Ergänzung Zustandserfassung Kölner Außenskulpturen in erweitertem Innenstadtbereich
3346/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten beauftragt die Verwaltung, eine Ergänzung der Zustandserfassung über die Kölner Außenskulpturen im erweiterten Innenstadtbereich (bis Innere Kanalstraße) durch die Fachhochschule Köln in Auftrag zu geben. Zur Finanzierung beschließt er die Verwendung der im Teilergebnisplan 0405 – Kulturförderung – in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen – für Projektmittel Kunst im öffentlichen Raum veranschlagten zahlungswirksamen Aufwandsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2009 in Höhe von 30.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.5 Neufassung der Satzung zur Vergabe der Förderstipendien der Stadt Köln 3171/2009

Bürgermeisterin Spizig fragt, wie im Rahmen der Satzung eine Bindung der Künstler zu Köln hergestellt werden könne. Sie betont, dass man den Kreis der möglichen Stipendiaten durchaus öffnen möchte, sie sollten aber in einem Bezug zu Köln stehen.

Beigeordneter Prof. Quander berichtet, dass der Vorschlag, die Ausschreibung über Köln hinaus zu öffnen, von der Jury über die Jahre immer wieder erörtert worden sei. Er erklärt weiter, dass es genügend qualifizierte Bewerbungen gebe und die Bewerberzahl relativ konstant sei. Das bisherige Kriterium, wonach die Bewerber ihren Wohnsitz in Köln haben müssen, biete keine Garantie dafür, dass dem so sei. Man werde versuchen, die Kölnbindung durch eine Klausel in die Satzung hineinzubringen. Er betont, dass alle Stipendiaten mit Veranstaltungen in Köln präsent seien. Es werde in diesem Zusammenhang diskutiert, ob die Künstler neben den einmaligen Präsentationen, Folgepräsentationen mit dem Resultat ihres Stipendiums zeigen.

RM Sörries schlägt vor, dass Künstler ihre Projekte in Gastateliers oder Proberäumen realisieren könnten. Schließlich könne man nicht verlangen, dass ein Künstler für 10.000 EUR nach Köln ziehe.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern ergänzt, dass das Kulturamt es sich bereits in der Vergangenheit zur Aufgabe gemacht habe, die Preisträger für ein Jahr zu begleiten. Er weist darauf hin, dass einige Preisträger immer wieder in Erscheinung treten und das müsse auch das Ziel sein. Für die Verwaltung sei wichtig, dass man mit diesem Preis ganz gezielt an die Kunstakademien herantreten könne. Diese seien allerdings in Münster und Düsseldorf. In Köln gebe es lediglich eine Akademie für Medien.

Stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, den Köln-Bezug in einer Präambel, oder zumindest in einer offenen Form, im Zusammenhang mit der Satzung einzuarbeiten.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern sagt zu, einen entsprechenden Vorschlag bis zur Ratssitzung zu unterbreiten.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Neufassung der „Satzung zur Vergabe der Förderstipendien der Stadt Köln“. Die am 26.04.1990 beschlossene „Satzung zur Vergabe der Förderstipendien der Stadt Köln“ wird aufgehoben.

Außerdem wird die Verwaltung beauftragt, den Köln-Bezug der geförderten Projekte / Künstlerinnen und Künstler in einer Präambel, oder zumindest in einer offenen Form im Zusammenhang mit der Neufassung der Satzung zur Vergabe der Förderstipendien der Stadt Köln (§ 3, Abs. 3) einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**8.6 Umsetzung des Förderkonzeptes interkulturelle Kunstprojekte
3462/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten beschließt die Verwendung der im Teilergebnisplan 0405 – Kulturförderung - in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen – für Kultur/Migration veranschlagten zahlungswirksamen Aufwandsermächtigungen in Höhe von 50.000 € für die Umsetzung der unter Ziff. 9 des am 28.10.2008 beschlossenen „Förderkonzeptes interkulturelle Kunstprojekte“ dargestellten Weiterentwicklungsvorschläge.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Sonderausstellungen

**9.1 Sonderausstellung "Harun Farocki" vom 31. Oktober 2009 bis 07. März 2010 im Museum Ludwig
2641/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur/ Museumsneubauten beschließt, die Sonderausstellung „Harun Farocki“ in der Zeit vom 31. Oktober 2009 bis 07. März 2010 im Museum Ludwig durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.2 Sonderausstellung "HEIMAT-KUNDE" im Kölnischen Stadtmuseum
2933/2009**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis(vgl. Anlage 6).

**9.3 Sonderausstellung "Der Goldglastisch aus Caesarea" im Römisch-Germanischen Museum in der Zeit vom Oktober 2009 bis März 2010.
3012/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten beschließt die Durchführung

der Sonderausstellung „Der Goldglastisch aus Caesarea“ im Römisch-Germanischen Museum in der Zeit von Oktober 2009 bis März 2010.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.4 Sonderausstellung "Die Ringe des Dieter Roth" im Museum für Angewandte Kunst
2988/2009**

Beschluss:

Der Ausschuß Kunst und Kultur / Museumsneubauten beschließt die Sonderausstellung „Die Ringe des Dieter Roth“ im Museum für Angewandte Kunst in der Zeit vom 28. Oktober 2009 bis 10. Januar 2010 durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.5 Sonderausstellung "Falko Marx, Schmuck 1966-2009" im Museum für Angewandte Kunst
2991/2009**

Beschluss:

Der Ausschuß Kunst und Kultur / Museumsneubauten beschließt die Sonderausstellung „Falko Marx, Schmuck 1966 – 2009“ im Museum für Angewandte Kunst in der Zeit vom 28. Oktober 2009 bis 10. Januar 2010 durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.6 Sonderausstellung "Politische Bilder. Sowjetische Fotografien: Die Sammlung Daniela Mrazkova" vom 23. Oktober 2009 bis 31. Januar 2010 im Museum Ludwig
3025/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur/ Museumsneubauten beschließt, die Sonderausstellung „Politische Bilder. Sowjetische Fotografien: Die Sammlung Daniela Mrazkova“ in der Zeit vom 23. Oktober 2009 bis 31. Januar 2010 im Museum Ludwig durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.7 Sonderausstellung im Kölnischen Stadtmuseum "Eusebius Wirdeier"
3376/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten beschließt die Durchführung der Sonderausstellung „Eusebius Wirdeier“ im Kölnischen Stadtmuseum in der Zeit vom

21.11.2009 – 07.02.2009

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10 Annahme von Schenkungen

10.1 Schenkung eines Erweiterungsbaus für das Kölnische Stadtmuseum 3373/2009

Frau Brunn weist darauf hin, dass der Hauptausschuss der Vorlage zugestimmt habe, aber es seien einige Fragen offen geblieben. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf einen Brief (vgl. Anlage 7), den sie an den Kulturdezernenten geschickt habe, mit der Bitte die Fragen zur heutigen Sitzung zu beantworten. Dies sei nur zum Teil geschehen und deshalb bittet sie die Verwaltung um Beantwortung der weiterhin offenen Fragen.

Beigeordneter Prof. Quander antwortet, dass der Leiter des Museumsreferates der einheitliche Ansprechpartner und Vertrauensperson für die Stiftung gewesen sei. Dieser sei im Herbst 2007 allerdings erkrankt und später aus dem Dienst der Stadt Köln ausgeschieden. Danach habe Herr Troost die Leitung des Museumsreferates übernommen. Der Kulturdezernent sei in die Gespräche ebenfalls mit eingebunden worden. Er stellt dar, dass er gemeinsam mit dem ehemaligen Stadtkämmerer Soénius die Vorraussetzung dieser Stiftung geschaffen habe, indem der Grundstückstausch mit dem Regierungspräsidenten realisiert worden sei. Bezüglich der Stadtbaukultur habe er stets die Meinung vertreten, dass ein Wettbewerb gebraucht werde. Dies sei dem Stifter im Sommer 2007 schriftlich mitgeteilt worden, allerdings habe es keine Einigung gegeben. Danach habe es intensive Gespräche mit den Stiftern gegeben, so dass man zu einer Mehrfachbeauftragung gekommen sei. Später gab es ein einvernehmliches Ergebnis zwischen der Jury, Vertretern der Stadtverwaltung, der Politik und der Stiftung, diesen Entwurf zu realisieren. Auch wenn es dann am Ende gescheitert sei, weil die Stifter sich dazu nicht entscheiden konnten. Er habe danach den Stifter angeschrieben und ihn dringend gebeten, seine Entscheidung zu überdenken, weil er die öffentliche Diskussion, auch im Interesse und Ansehen der Stiftung, verhindern wollte. Bezüglich der Stadtbaukultur würde er stets für einen entsprechenden Wettbewerb plädieren. In diesem Fall sei anders entschieden worden und man befinde sich in einer schwierigen Situation.

Museumsreferent Troost erklärt auf Nachfrage von Frau Brunn, dass die Stiftung zugesagt habe, eine adäquate andere Unterbringung des Museumsgebäudes zu akzeptieren. Dies sei die Erklärung, die dem Vertrag beigefügt werde. Die Ewigkeit der Stiftung bleibe demnach erhalten. Das bedeute für die Stadt Köln, dass sie die Auflagen zu erfüllen habe, in angemessener Art und Weise ein Stadtmuseum zu betreiben. Er weist bezüglich der Benennung einer Person als Ansprechpartner darauf hin, dass es in der Bauumsetzung einen technischen Projektleiter geben müsse. Bezüglich des Schenkungsvertrages weist er darauf hin, dass die Stiftung zum Ausdruck gebracht habe, den Ratsbeschluss abzuwarten. Erst danach könne man erneut mit der Stiftung

Gespräche aufnehmen. Er teilt mit, dass der alte Schenkungsvertrag, der am 25.09.2008 beschlossen wurde, weiter Bestand habe, auch wenn er zum Teil überholt sei, weil er die Mehrfachbeauftragung beinhalte. Die Punkte 3. bis 5. aus der Ratsvorlage kämen ebenfalls hinzu, allerdings können die Punkte 1. und 2. nicht erfüllt werden.

Herr Dr. Wackerhagen plädiert dafür, in Gänze den Schenkungsvertrag dem Ausschuss vorzulegen, um über sämtliche Änderungen informiert zu sein.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass der Vertrag der Beschlussvorlage beigelegt sei.

Herr Breuer bittet die Verwaltung, ihre Einschätzung bekannt zu geben, welche Gründe es gebe, dass die Stifter anonym bleiben wollen. Er fragt, ob der Antikorruptionsbeauftragte der Stadt Köln mit eingebunden worden sei.

RM Sörries erklärt, dass seine Fraktion der Vorlage nicht zustimme, auch wenn sie ohne Votum in den Rat verwiesen werde. Er kritisiert, dass Stiftungsverträge grundsätzlich einzeln, nach verschiedenen Kriterien ausgehandelt würden und es keine klare Linie gebe. Ein weiteres Problem seien die Vergaberichtlinien. Der Auffassung der Verwaltung könne seine Fraktion sich bei Weitem nicht nähern. Hier werde es seines Erachtens Probleme mit dem europäischen Vergaberecht geben.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister stellt fest, dass der Schenkungsvertrag genau geprüft werden müsse, bevor man ihn beschließe.

RM Blum hält die Ausführungen von Herrn Breuer und seine Namensnennung der Stifter für äußerst unpassend. Ebenso die Frage nach dem Korruptionsbeauftragten, nachdem der Hauptausschuss der Vorlage bereits zugestimmt habe. Sie weist darauf hin, dass die Anbindung an einen bestimmten Architekten erst nach Jahren erfolgte und der Grund allen bekannt sei.

RM Dr. Müser zeigt sich ebenfalls irritiert über die Äußerungen von Herrn Breuer und verweist in diesem Zusammenhang auf dessen Antrag. Außerdem weist er darauf hin, dass entsprechende Verträge nie in den politischen Gremien vorgelegt worden seien. Es werde von der Verwaltung erläutert, welche Elemente in dem jeweiligen Vertrag aufgeführt worden sei. Er habe die Auffassung, dass man diesbezüglich der Verwaltung vertrauen sollte.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister greift die Wortbeiträge der Vorrednerinnen und Vorredner auf und bittet darum, unabhängig davon, wie man inhaltlich zu der Schenkung und ihren Rahmenbedingungen stehen möge, darauf zu achten, die Diskussion um diese jetzt nicht zu vergiften. Sie schlägt vor, die Vorlage zur Vorbereitung einer abschließenden Entscheidung ohne Votum in den Rat zu verweisen.

RM Dr. Elster macht deutlich, dass seine Fraktion sich für die Schenkung ausspreche. Die gestellten Fragen seien nicht essentiell und müssen nicht hier und heute geklärt werden, damit die Stiftung angenommen werden könne.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister ist sich sicher, dass der Rat in der kommenden Sitzung eine vernünftige Entscheidung treffen werde.

RM van Benthem beantragt mündlich, über die Vorlage abzustimmen.

RM Sörries macht darauf aufmerksam, dass die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister bereits beantragt habe, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

RM van Benthem protestiert gegen die Vorgehensweise der Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

**10.2 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Schenkung des zweiteiligen Werkes "Venedig" von Isa Genzken
3160/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat nimmt die Schenkung „Venedig“, 1993 von Isa Genzken durch die Gesellschaft für Moderne Kunst, Köln an das Museum Ludwig mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Kunst- und Museumsbibliothek
hier: Schenkung der Sammlung Künstlerinnen von Ingrid Kleinebrahm
3421/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat nimmt die Schenkung „Sammlung Künstlerinnen“, von Frau Ingrid Kleinebrahm an die Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gem. § 60 Abs. 2 GO
NW**

12 Mitteilungen der Verwaltung

**12.1 Wiedereinführung eines Haltepunktes des städtischen Bücherbusses im
Stadtteil Bilderstöckchen und Prüfung der Anschaffung eines weiteren
Bücherbusses
2260/2009**

Frau Dünnebier schlägt vor, die Möglichkeit zur Anschaffung eines zweiten Bücherbusses zu prüfen.

Freifrau von Oppenheim weist darauf hin, dass kurz nach der Abschaffung der Bücherbusse ein Förderverein gegründet worden sei, der innerhalb weniger Monate dafür gesorgt habe, dass wieder ein Bücherbus unterwegs sei. Sie weist außerdem darauf hin, dass es demnächst einen zweiten Bücherbus geben werde.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister spricht im Namen des Ausschusses ihren Dank an die Spender aus.

RM Möller fragt nach den Haltestellen des städtischen Bücherbusses. Die hierzu in der Mitteilung erwähnte Anlage liege ihr nicht vor.

Die Leiterin der Stadtbibliothek Dr. Vogt erklärt, dass es 17 Haltestellen gebe. Eine Weitere sei in Gremberghoven geplant. Damit sei der Bücherbus, der wöchentlich unterwegs sei, ausgelastet.

Herr Irsfeld fragt, welche anfallenden Kosten die Stadt Köln übernehme.

Der Bus werde zu 100% von der Stadt Köln betrieben, erläutert die Leiterin der Stadtbibliothek Dr. Vogt und weist zusätzlich darauf hin, dass die Garage und die Haltepunkte kostenfrei seien. Die Personal- und Aufwandskosten werden ebenfalls von der Stadt Köln getragen. Die Spende des Fördervereins galt dem Erhalt des Bücherbusses, der hiermit bis 2007 fuhr. Die Stadt Köln habe sich danach bereiterklärt, diese Kosten wieder zu übernehmen. Der Förderverein finanziert inzwischen die Mini-Bibliothek im Stadtgarten, die von ehrenamtlichen Mitarbeitern betrieben werde und ein Erfolgsmodell sei.

RM Dr. Elster weist darauf hin, dass durch haushalterische Zwänge der Bücherbus eingestellt worden sei. Die gleiche Ratsmehrheit habe allerdings Stadtteilbibliotheken nicht geschlossen. Der Bedarf sei mit einem Bücherbus nicht gedeckt und die Linie im Stadtbezirk Ehrenfeld sei komplett eingestellt worden. Besonders hier gebe es enormen Bedarf, weil zum Teil in sozialschwachen Gebieten ein starker Zuzug zu beobachten sei, wie z.B. im Ossendorf Park, welcher weit entfernt von einer Stadtteilbibliothek liege. Er halte es für notwendig, den Rat darüber zu informieren, wie mit gezielten Maßnahmen das Angebot deutlich erhöht werden könne. Dies könne durch Personalaufstockung geschehen, sofern die haushalterische Situation dies ermögliche.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich für diese Anregung und betont, dass die Problematik seit geraumer Zeit diskutiert werde.

Die Leiterin der Stadtbibliothek Dr. Vogt erklärt hierzu, dass es ab Januar die Samstagöffnungszeiten geben werde. In den kleineren Bibliotheken, wie in Bocklemünd, gebe es künftig das Modell einer Juniorbibliothek, wo mit Hilfe der Auszubildenden die Öffnungszeiten erweitert werden. Damit gehe man ebenfalls im Januar an den Start. Sie weist darauf hin, dass man auch außerhalb der Öffnungszeiten vor Ort sei, weil dann Klassenführungen und Projekte wie „ran ans lesen“ mit dem offenem Ganztags stattfinden.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist darauf hin, dass dieses Thema den Ausschuss seit längerem beschäftige. Sie wisse es zu schätzen, wie phantasievoll die Leiterin der Stadtbibliothek Dr. Vogt versuche, ein möglichst breites Angebot bereitzustellen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis (vgl. Anlage 8).

**12.2 Erweiterung Kölnisches Stadtmuseum;
hier: Dokumentation der Mehrfachbeauftragung
2538/2009**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis (vgl. Anlage 9).

**12.3 Verwendung der ursprünglich zur Deckung der Miet- und Mietnebenkosten für die Musikfabrik vorgesehenen Haushaltsmittel
2709/2009**

RM Sörries bedankt sich zunächst für die Mitteilung und die Auflistung bezüglich der Musikfabrik und fragt, ob es für die noch vorhandenen 107.600 EUR bereits eine Verwendung gebe bzw. angedacht sei, was damit geschehe.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern erklärt, dass die 107.600 EUR nicht mehr zur Verfügung stehen, weil man den Wegfall eines Ertrages zu beklagen habe, der durch eine interne Umschichtung ausgeglichen werden musste. Es handele sich hierbei um eine Einnahme, die im Rahmen einer Ausgleichszahlung von den Bühnen der Stadt Köln in den letzten Jahren an das Kulturamt gezahlt worden seien.

RM Sörries stellt fest, dass die 107.600 EUR, die man den Bühnen der Stadt überlasse, eine indirekte Erhöhung des Bühnen-Etats sei. Demnach müsse der Kultur Ausschuss darüber entscheiden, wo die Gelder herkommen. Man könne diese nicht einfach aus der freien Szene nehmen.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass es in der Vergangenheit tatsächlich so gewesen sei, dass Leistungen des Kulturamtes für die Bühnen erbracht wurden. Es gebe hierfür allerdings keine Rechtsgrundlage und dies müsse zum nächsten Haushalt entsprechend korrigiert werden. Die Situation sei in diesem Jahr durch die Mindereinnahme des Kulturamtes entstanden.

RM Sörries macht darauf aufmerksam, dass der Finanzausschuss beschlossen habe, die Mittel der freien Szene zur Verfügung zu stellen.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister verweist auf die Mitteilung der Verwaltung in der stehe, dass rechnerisch 107.600 EUR verbleiben und die Verwendung mündlich ergänzt worden sei. Hierzu müsse nachträglich eine Vorlage in Form einer Mitteilung oder einer Beschlussvorlage erstellt werden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis (vgl. Anlage 10).

**12.4 Überlassung von Räumen/Immobilien aus dem Fiskalbesitz für kulturelle Nutzungen
3209/2009**

RM Sörries weist darauf hin, dass der Mieter des Ateliers in der Ludolf-Camphausen-Straße vor einiger Zeit verstarb und fragt, ob die Immobilie weiterhin vermietet sei. Vor geraumer Zeit sei über ein Konzept der Atelierräume diskutiert worden und es sei darüber nachgedacht worden, eine Rotation einzuführen. Es gebe einige Ateliers, die seit Jahrzehnten von Künstlern angemietet seien, welche es im Endeffekt nicht nötig haben, städtisch subventionierte Ateliers zu mieten. Er fragt, ob es die Möglichkeit gebe mit diesen Mietern zu verhandeln, dass sie sich auf dem freien Markt umsehen, um in den städtischen Ateliers junge Künstler unterzubringen.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern bestätigt, dass Herr Prof. Marx verstorben sei und seine Frau das Atelier übernommen habe. Für die Mietverträge sei letztendlich das Liegenschaftsamt zuständig. Auf die Frage bezüglich der Rotation erklärt er, dass man intern dabei sei, die Atelierverträge neu zu gestalten und gegebenenfalls zu befristen. Dies wolle man im Rahmen eines Atelierförderkonzeptes tun.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis (vgl. Anlage 11).

**12.5 Kulturelle Bildung an Ganztagschulen - Eröffnung der Wanderausstellung "Klappe, die Zweite!"
3146/2009**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis (vgl. Anlage 12).

**12.6 Gremium zur Umsetzung des Förderkonzeptes interkulturelle Kunstprojekte
3394/2009**

Die Mitteilung wurde gemeinsam mit der Beschlussvorlage „Umsetzung des Förderkonzeptes interkulturelle Kunstprojekte“ unter TOP 8.6 behandelt.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis (vgl. Anlage 13).

**12.7 Kreativität und Stadtentwicklung
3543/2009**

RM Sörries bittet darum, die Mitteilung in die nächste Sitzung zu verschieben, da noch einige Fragen offen seien.

Frau Brunn fragt, welche Konsequenzen die Verwaltung aus dem Bericht ziehe und schlägt vor, dies entsprechend in der Mitteilung zu ergänzen.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister halte es für positiv, dass die Verwaltung diese wichtige Thema aufgegriffen habe. Da noch Klärungsbedarf sei, sollte das Thema in der nächsten regulären Sitzung diskutiert werden.

Die Mitteilung wurde zur weiteren Diskussion in den nächsten regulären Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten vertagt.

**12.8 Kulturen und Künste bei den Gay Games Cologne 2010; hier: Kulturprogramm
3481/2009**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis (vgl. Anlage 14).

**12.9 Ausstellung in der Kunst- und Museumsbibliothek: "AUS FERNEN WELTEN, Andere und eigene Bücher von Manfred Förster"
3517/2009**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis (vgl. Anlage **15**).

**12.10 Vervollständigung der Renaissance-Laube des Historischen Rathauses
3367/2009**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis (vgl. Anlage **16**).

**12.11 Mündliche Anfrage von Herrn Deutsch, FDP Fraktion, aus der Sitzung
des Kulturausschusses vom 28.04.2009. Hier: Aufwand zur denkmalwür-
digen Sanierung der Römermauer an der Burgmauer.
3723/2009**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis (vgl. Anlage **17**).

**12.12 Finanzierung wichtiger Ausstellungsprojekte für das Jahr 2010
3891/2009**

RM Blum weist darauf hin, dass zwei Jubiläumsausstellungen betroffen seien. Damit die geplanten Ausstellungen nicht scheitern, müsse sich der Kunst und Kultur/Museumsneubauten weiter mit der Sache befassen.

Frau Brunn fragt, wie die Verwaltung damit umgehen wolle, denn es müsse eine schnelle Entscheidung herbeigeführt werden.

Beigeordneter Prof. Quander berichtet, dass er den Kämmerer über die Dringlichkeit dieser Entscheidung informiert habe. Er weist darauf hin, dass die Kämmerei sich nicht in der Lage sah, die entsprechenden Vorlagen mitzuzeichnen. Er habe darum gebeten, dies noch einmal zu überdenken. Die Antwort stehe allerdings noch aus. Mit dieser Mitteilung informiere man den Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten und wolle für die politische Unterstützung werben. Es gehe hierbei um ein großes Volumen, wobei der Anteil der Stadt Köln bei etwa 30% liege. Der Rest werde über Eintrittsgelder oder Zuschüsse von Dritten finanziert. Er halte es unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten für sinnvoll, die Ausstellungsprojekte durchzuführen. Ganz abgesehen von der Frage der Bedeutung, die diese Ausstellungen für die Kunststadt Köln haben.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister stellt fest, dass der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten dies nachdrücklich unterstütze. Sie bittet darum, dass kurzfristig ein Weg gefunden werde, die Realisierung der Ausstellungen zu ermöglichen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis (vgl. Anlage **18**).

13 Mündliche Anfragen

13.1 Friedhof Melaten

Herr Dr. Fußbroich fragt nach dem Sachstand des Parkpflegewerkes auf dem Friedhof Melaten. Er weist darauf hin, dass der Friedhof Melaten 200 Jahre alt werde und fragt, ob die Denkmäler aufgelistet worden seien und es dazu ein Gutachten gebe.

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer erläutert, dass die Federführung betreffend des Parkpflegewerkes beim Friedhofsamt liege. Sie berichtet weiter, dass die Maßnahme bezüglich der Erfassung der Denkmäler laufe. Das Ergebnis werde dem Ausschuss vor dem Jubiläum mitgeteilt.

13.2 Hanns-Hartmann-Platz

Herr Irsfeld berichtet, dass der WDR sein Verwaltungsgebäude in der Breite Straße renoviere. Danach soll die Platzanlage vor dem Gebäude erneuert werden. Unter anderem soll eine Pergola auf diesem Platz errichtet werden. Seines Erachtens war die Platzgestaltung, insbesondere durch die Pflasterung, bisher ein denkmalgeschützter Bereich. Er fragt, ob der Denkmalschutz für den Platz aufgehoben sei, oder ob es bestimmte Auflagen für den WDR gebe.

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer versichert, dass kein Denkmalschutz zurückgenommen worden sei. Die Platzgestaltung sei mit der Stadtkonservatorin nicht abgestimmt. Es müsse recherchiert werden, ob dies zwischenzeitlich geschehen sei. Es habe sich mit Sicherheit nichts am Rechtsstatus geändert.

Die Stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet darum, in der nächsten Sitzung den Sachstand mitzuteilen.

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer sagt dies zu.

Herr Dr. Fußbroich weist darauf hin, dass das Paviment von Fassbender gelegt worden sei. Dieser Künstler habe auch den Teppich gestaltet, der im Foyer des Rathauses hing. Er plädiert dafür, dieses Paviment zu erhalten.

13.3 Tanzhaus

Frau Brunn fragt nach dem Sachstand der Vorbereitung des Tanzhauses. Außerdem fragt sie, was mit den für das Tanzhaus vorgesehenen Mitteln für die Bau- und Betriebskosten in diesem Etat passiere und ob man die Landesmittel in Anspruch nehmen könne. Darüber hinaus erkundigt sie sich, was mit den Mitteln, die bei den Bühnen der Stadt für den Tanz reserviert worden seien, geschehe.

Die Antwort der Verwaltung ist als Anlage beigefügt (vgl. Anlage **19**).

13.4 Alfred Erhardt Stiftung

Frau Brunn berichtet, dass der Presse zu entnehmen gewesen sei, dass die Alfred Erhardt Stiftung Köln verlasse. Hierzu hätte sie gerne eine schriftliche Stellungnahme.

13.5 Läuteordnung des Domkapitels

Herr Breuer bittet die Verwaltung nachzuhören, wann das Domkapitel wieder eine Läuteordnung veröffentlicht und diese am Dom-Forum sowie im Büro des Fremdenverkehrsamtes Köln Tourismus aushängt.

13.6 Künstlerische Gestaltung der Nord-Süd Stadtbahn

Frau van Duiven fragt nach dem Sachstand der künstlerischen Gestaltung der Nord-Süd Stadtbahn-Haltestellen.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass am 28. September 2009 die Jury-Sitzung hierzu stattfindet.

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Bürgermeister schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Dr. Eva Bürgermeister
Stellvertretende Vorsitzende

gez. Uwe Freitag
Schriftführer